



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/269 - 19.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Weihnachtsgratifikationen und Steuerfreigrenze	S. 1
Eisenhower in Kanada	S. 3
Von Sachkenntnis nicht getrübt	S. 5

Der vorweihnachtliche Ärger

F.B. Es ist jedes Jahr dasselbe. Wenn die Novembernebel über der vorläufigen Bundeshauptstadt liegen, beginnt der Streit um die zwei oder drei verkaufsoffenen Sonntage, um die Weihnachtsgratifikation in der öffentlichen Hand und um die Erhöhung der Steuerfreigrenze. Punkt 1 ist entschieden, denn alle Länder haben die Geldbörsen nicht für so gefüllt erachtet, als daß sie nicht auch am Silbernen und Goldenen Sonntag geleert werden könnten. Zu einer argen Störung der Vorweihnachtszeit aber entwickelt sich die Weigerung des Bundesfinanzministers und seiner Länderkollegen, an ihre öffentlichen Bediensteten Weihnachtsgratifikation zu zahlen, während die Kommunen ihre Beamten, Ingestellten und Arbeiter in den Genuß der Gratifikation kommen lassen werden.

Das Argument Schäffers ist das übliche; die angespannte Haushaltslage gestatte keine zusätzlichen Ausgaben. Ganz abgesehen davon, daß die Haushaltslage Weihnachten 1952 weit kritischer war als die 1953, ist es ermüdend, diese Leiden immer nur dann zu hören, wenn die kleinen Leute etwas bekommen sollen. Schließlich war es vor einigen Tagen sogar der "Rheinische Merkur", der dem Bundesfinanzminister aufgerechnet hat, daß er bewußt die Haushaltslage fast um 1 Milliarde D schlechter erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist. Und wenn man auf der einen Seite zur Zeit ernsthaft berät, die Körperschaftssteuer zu

senken, um den Kapitalmarkt gesunden zu lassen, dann werden die paar Millionen D-Mark für die Weihnachtsgratifikationen den Bundeshaushalt auch nicht erschüttern.

Auch die Behauptung, daß die letzten Aufbesserungen der Bezüge die Weihnachtsgratifikationen im Öffentlichen Dienst erübrigen, ist nicht stichhaltig, denn ausdrücklich hat man seinerzeit versichert, daß das nur als Abschlagzahlung auf die Große Besoldungsreform zu bewerten sei. Letztlich aber wird Treu und Glauben erschüttert, denn im vergangenen Jahre wollte das Bundesfinanzministerium mit den Gewerkschaften ein Abkommen über Weihnachtsgratifikationen abschließen, das für mehrere Jahre Gültigkeit haben sollte. Die Gewerkschaften haben es nur abgelehnt, weil sie die Höhe der vorgeschlagenen Gratifikationen als zu gering erachteten. Wenn jetzt die im allgemeinen so ruhig und maßvolle DfG von einer ernststen Gefährdung des Arbeitsfriedens spricht, dann kann man doch allernhand erwarten.

Unentschieden ist auch noch der jahresübliche Streit um die Heraussetzung der Steuerfreigrenze für Weihnachtsgratifikationen von 100 auf 200 M. Der entsprechende Antrag der FDP wird voraussichtlich noch in dieser Woche im Ausschuß behandelt werden. Als erwiesen gilt dabei daß die Angabe Schäffers, der Haushalt verliere dadurch 100 Mio M, nicht stimmt. Der gesamte Ausfall beträgt im Höchstfall 45 Mio M, von denen 18 zu Lasten der Bundeskasse gehen. Wird zudem noch der FDP-Kompromißantrag angenommen, der eine Staffelung der Steuerfreigrenzen nach Familienstand vorsieht, dann beträgt der Ausfall für den Bundeshaushalt etwa 12 bis 14 Mio M, eine Summe, um die es sich wahrlich nicht lohnt, den Weihnachtsfrieden zu stören. Soviel, wenn nicht mehr dürften die überflüssigen Sonderministerien einschließlich des "Familienonkels" auch bald kosten.

Die ärgste Störung in der Vorweihnachtszeit aber ist, daß die Bundesregierung trotz des einmütigen Beschlusses des Bundestages das Heimkehrer-Entscheidigungsgesetz immer noch nicht verkündet hat. Auch auf der letzten Sitzung hat sich das Kabinett damit nicht befaßt, es hat, entgegen der Zusage von Staatssekretär Hartmann, noch nicht einmal die Richtlinien für die Unterstützung der Spätheimkehrer, die insgesamt klägliche fünf Millionen M vorsehen, beraten. Alles in allem zeigt es sich, daß noch nicht einmal die vorweihnachtliche Zeit die Bundesregierung bestimmt, sozialer zu handeln, obwohl doch sonst die Herren mit den dicken Brieftaschen um diese Jahreszeit, um ihr Gewissen zu entlasten, dem Straßenhändler mit dem amputierten Bein ein paar Schnürsenkel abkaufen.

Kanada - kein Ausland für die USA

H.S.-New York, Mitte November

Der dreitägige Staatsbesuch Eisenhowers in Kanada war als Manifestation der Freundschaft und guten Nachbarschaft höchst gelungen, und man wird ihn, wie jede Freundschaftsmanifestation zwischen Völkern, durchaus zu begrüßen haben - aber es wäre falsch, damit die Sache abzutun. Eisenhowers Besuch in Kanada war, über die Geste der Freundschaft hinaus, ein wichtiger politischer Staatsakt, ein wichtiger diplomatischer Schritt auf dem Parkett der großen Weltpolitik, der nicht ohne bemerkenswerte Folgen bleiben dürfte.

Die Beziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sind überaus eng; vielfach empfinden amerikanische Bürger Kanada gar nicht mehr als Ausland, wenn sie als Touristen oder Geschäftsreisende, alljährlich viele Hunderttausende von ihnen, die Grenze überqueren, wozu sie keinerlei Reisepaß benötigen, und sich in Kanada als Freunde unter Freunden aufhalten. Kanada, ebenso wie die USA, ist Mitglied von NATO, leistet einen zwar bescheidenen aber proportionell zur kanadischen Bevölkerungsziffer durchaus ansehnlichen Beitrag zum NATO-Verteidigungssystem in Europa; es hat mit Amerika, England, Australien und vielen anderen Ländern ein Truppenkontingent in Korea gehabt und steht politisch im großen und ganzen, von seinen zu Besonderheiten verpflichtenden Bindungen zum Britischen Weltreich abgesehen, im gleichen politischen "Lager" wie die USA. Dennoch gibt es gelegentliche Spannungen und Differenzen zwischen beiden Ländern, vor allem ökonomischer Natur.

Reibungsflächen

Theoretisch ergänzen sich die Wirtschaften beider Länder, da Kanada Industrieprodukte einzuführen hat und seinerseits Exporteur hauptsächlich von Rohstoffen und Agrarprodukten ist. Praktisch aber haben sich vor allem seit dem zweiten Weltkrieg, in dem sich Kanada industrialisiert hat, immer wieder Reibungen um Zoll- und Finanzpolitik ergeben; kanadische Betriebe und kanadische Regierungsstellen haben sich gegen Versuche amerikanischer Großbetriebe, ihre Absatzorganisation in Kanada zu erweitern oder sich maßgeblichen Einfluß auf kanadische Rohstoffquellen (Bergwerke, Ölfelder) zu sichern, manchmal sehr erbittert zur Wehr zu setzen gehabt, und die Entdeckung neuer Ölfelder in der Provinz Alberta, die Entdeckung neuer reicher Eisenerzvorräte in Labrador, die Erschließung neuer Quellen von Erdgas, ebenfalls in Alberta und viele andere ähnliche Probleme haben auf kanadischer Seite viele Fragen über die ökonomische Zusammenarbeit mit den USA wachgerufen. Gleichzeitig ist eine deutliche Beunruhigung in Kanada spürbar über die amerikanische Zollpolitik, die es kanadischen Exporteuren schwer (und täglich schwerer) macht, auf dem benachbarten großen und lockenden amerikanischen Markt um einen Anteil zu werben.

Freilich ist auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden, diese Schwierigkeiten, die sich ein wenig aus der Natur der Sache, nämlich der viel größeren Finanz- und Produktionskraft der USA, ergeben, jeweils so schnell und geräuschlos wie möglich aus dem Wege zu räumen -

und wenn und soweit das gelingt, scheint wieder ungetrübt die Sonne freundschaftlicher Eintracht. In diesem Zusammenhange muß man Eisenhowers Staatsbesuch sehen: Als einen ernstgemeinten Beitrag, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine permanent solide Basis zu stellen, so daß in Zukunft Spannungen und Reibungen gar nicht erst auftauchen können. Und es muß anerkannt werden, daß mit der - von Eisenhower am Vorabend seiner Abreise nach Kanada verkündeten - Einsetzung einer gemischten kanadisch-amerikanischen Handels- und Wirtschaftskommission ein wesentlicher Schritt vorwärts getan ist - zumal da diese Kommission so breite Vollmachten erhalten soll, daß ihre Auswirkungen auf das diplomatische und auch das militärische Feld nicht mehr bestritten werden können.

Die Aufgaben der Wirtschaftskommission

Die gemischte Wirtschaftskommission soll laufende Probleme des gegenseitigen Handels und der allgemeinen gegenseitigen Beziehungen schlichten und fallweise legislative Maßnahmen zu ihrer Lösung vorschlagen. Darüber hinaus aber erhält sie wesentliche Kompetenzen kriegswirtschaftlicher Natur. Sie soll Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Rohstoffverwaltung, Rohstoffsammlung und Rohstoffzuteilung erhalten, für den Austausch wissenschaftlicher Forschung und Patente sorgen, eine Dezentralisierung der Rüstungsindustrie überwachen und im Kriegsfall für das reibungslose ineinandergreifen der kriegswirtschaftlichen Maschinerie sorgen - alles über die Ländergrenze hinweg in supernationalen, zweistaatlichem Umfang. Bedenkt man noch, daß auch bereits Angelegenheiten der kontinentalen Verteidigung von beiden Ländern gemeinsam angepackt werden, z.B. die noch nicht kompletierte Anlage eines Radar-"Netztes" um den ganzen nordamerikanischen Kontinent herum, arktische Luftpatrouillen, gemeinsame Warnungsanlagen usw. - dann gewinnt man den Eindruck eines engen Systems von Dezentralanlagen der beiden Staaten, das fast so aussieht, als bestünde innerhalb von NATO - der beide Länder angehören - eine engere kanadisch-amerikanische Untergruppe oder Regionaleinheit.

Weitgehende Gemeinschaftsarbeit

Es liegt auf der Hand, daß das ein wichtiges politisches Element ist. Ein paar amerikanische Zeitungen haben bereits erklärt, es werde zu einem nordamerikanischen Gegenstück zur in Europa immer noch umstrittenen EVG kommen, die ja ebenfalls als regionale Einheit innerhalb des NATO-Systems gedacht ist. Nun ist das zweifellos übertrieben denn Kanada und die USA wollen ja nicht, wie die EVG es für die sechs europäischen Länder will, ihre Armeen zu einer übernationalen Verteidigungstruppe zusammenwerfen. Aber was in Nordamerika offensichtlich bevorsteht, ist eine Zusammenschweißung und Zusammenlegung der ökonomischen und strategischen Grundlage der Armeen, auch wenn diese selbst getrennt bleiben: Rüstungsindustrie, Versorgung, Luftschutz, Nachschub, strategische Planung, Munitionsverwaltung, Rohstoffreserven u.dgl. sollen nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern im "regionalen" Rahmen einer kanadisch-amerikanischen Gemeinschaftsarbeit erfolgen. Innerhalb des gesamten NATO-Systems müßte eine solche Gemeinschaftsarbeit automatisch eine dominierende Rolle spielen, und in der großen Weltpolitik entsteht dadurch ein Machtblock, der eindrucksvoll ist - zumal wenn man bedenkt, daß Kanada als treues Mitglied des britischen "Commonwealth" ja zugleich eine Brücke zu der großen britischen Soldatenfamilie schlägt.

Präsident Eisenhower hat also wirklich auf seinem kanadischen Staatsbesuch nicht nur die höflichen Grüße seiner Mitbürger überbracht, sondern er hat zugleich einer engen militärischen Allianz Ausdruck verliehen. Und diesen politischen Machtfaktor sollte man auch in Europa fortan nicht mehr übersehen.

Von Sachkenntnis ungetrübt

C.G. Der Ausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films gehörte bisher zu den Schmerzenskindern des Bundestages. Sein verflüsselter Vorsitzender, der CDU-Bundestagsabgeordnete, Dr. Rudolf Vogel, glaubte nämlich, mit dem Ausschuss einen geeigneten Ort gefunden zu haben, in dem er sein mehr oder minder privates 'hobby' für den Film munter tummeln konnte. Nun ist zwar die Neuordnung des deutschen Films ein wichtiges Aufgabengebiet des Ausschusses, unter der Ägide Vogel drohte aber oft eine völlige Vernachlässigung von nicht weniger wichtigen Aufgaben in den anderen beiden Arbeitsbereichen des Ausschusses, der Presse und des Funks, zugunsten des Films.

Dr. Vogel glaubte, der Ausschuss müsse sich zunächst einmal mit den Problemen des Films gründlich vertraut machen, gewiß eine löbliche Absicht, er setzte sie nur auf völlig falsche Weise in die Tat um. Eine ungehemmte Invasion der Interessenten aus der Filmwirtschaft, die bei den einzelnen Mitgliedern des Ausschusses permanent antichambrierten, war die Folge. So bestand das Ergebnis dieser Konzentration der Arbeit des Ausschusses auf den Film im wesentlichen in der Ernennung Dr. Vogels zum "Bundesfilmbeauftragten". Dies erfüllte Dr. Vogel gewiß mit Stolz und Zufriedenheit, führte aber den deutschen Film um keinen Schritt aus seiner Misere heraus.

Dr. Vogel ist in der zweiten Legislaturperiode nicht mehr Vorsitzender des Ausschusses geworden. Auch sein Amt als Bundesfilmbeauftragter, das in der gefährlichen Vermischung legislativer und exekutiver Aufgaben immer im Zwielicht stand, hat er zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung kann man nur begrüßen, auch wenn man weiß, daß nicht Dr. Vogels Vorsegen in sachlicher Hinsicht dazu geführt hat, sondern vielmehr das Bekanntwerden einer Reihe von Aufsätzen aus der Berliner Korrespondententätigkeit Dr. Vogels während des Krieges. Immerhin - Dr. Vogel hatte in seinem Leben wenigstens etwas mit der Presse zu tun gehabt, wenn auch nicht immer in einem erfreulichen Sinne.

sein Nachfolger jedoch, Paul Bausch, der ebenfalls aus der württembergischen CDU kommt, ist nicht nur auf einem der Arbeitsgebiete des Ausschusses, eben des Films ein blutiger Laie, sondern auf allen dreien.

Man soll gewiß nicht den Fachmann überschätzen, oft reicht eine Portion gesunden Menschenverstandes aus, um sich in ein bestimmtes Sachgebiet hineinzuarbeiten. Es soll ja auch sogenannte "hell-rounden" geben, und zu ihnen scheint der Abgeordnete Bausch zu gehören. Nachdem er vergeblich versucht hatte, sich auf militärischem Gebiet zu betätigen - er wollte Vorsitzender des EVG-Ausschusses werden - bemühte er sich mit Erfolg um die Publizistik. Was bisher über das Verhältnis des Herrn Bausch zu diesem Bereich des öffentlichen Lebens bekannt wurde, läßt jedoch Böses ahnen. Einmal drohte er widerborstigen Journalisten unverhüllt mit dem Gefängnis. Das hat nicht einmal Herr Dr. Vogel getan, und das will viel heißen. Hoffen wir nur, daß es den Mitgliedern des Ausschusses gelingen möge, von vornherein eine Bausch-und-Bogen-Arbeitstechnik des Ausschusses zu verhindern.

Verantwortlich: Peter Raunau